

3661/J XX.GP

der Abgeordneten Dr Sonja Moser  
und Kollegen

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend Syndikatsvertrag zwischen ÖIAG und IPIC

Die ÖIAG und damit die Republik Österreich halten 35 Prozent des Stimmrechtskapitals der OMV, 19 Prozent hält verschiedene Informationen zufolge die IPIC, die im Eigentum von Abu Dhabi steht. Zwischen der ÖIAG und der IPIC soll ein Syndikatsvertrag bestehen, der die gemeinsame Ausübung der Stimmrechte sicherstellt. Ein derartiger Syndikatsvertrag würde den Beherrschungstatbestand erfüllen und somit den Rechnungshof prüfungszuständig machen.

Aus dem Bericht des Rechnungshofes über das Ergebnis seiner Erhebung der durchschnittlichen Einkommen sowie der zusätzlichen Leistungen für Pensionen bei Unternehmungen und Einrichtungen im Bereich der öffentlichen Wirtschaft des Bundes in den Jahren 1995 und 1996 (111-109 d. B.) geht aber hervor, daß der Rechnungshof anscheinend für die OMV nicht mehr prüfungszuständig ist, weil die Übersicht 5. dieses Berichts, die die Unternehmungen der Erdöl- und Gasgewinnung sowie der Weiterverarbeitung und des Handels mit einschlägigen Produkten betraf, entfiel.

Angesichts dieser unklaren Situation stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Finanzen folgende

ANFRAGE

Existiert ein Syndikatsvertrag zwischen der ÖIAG und der IPIC, der sicherstellt, daß die von diesen beiden Anteilseignern an der OMV gehaltene Stimmrechtsmehrheit gemeinsam ausgeübt wird?